

A7 Aufschlag fu?r eine TINA*-Strategie fu?r die Gru?ne Jugend Baden-Wu?rttemberg

Antragsteller*in: Landesvorstand der Grünen Jugend Baden-Württemberg
Tagesordnungspunkt: 9 V-Anträge

Antragstext

Aufschlag für eine TINA*-Strategie für die Grüne Jugend Baden-Württemberg

Trans*- und Interfeindlichkeit bleibt weiterhin ein großes Problem in unserer Gesellschaft. Trotz verbesserter rechtlicher Anerkennung sehen sich viele TINA* Personen mit Diskriminierungen, Vorurteilen und strukturellen Benachteiligungen konfrontiert. Auch in politischen und medialen Debatten erfahren TINA* Personen Gewalt. Ebenso treffen sie in medizinischen Umfeldern auf Unverständnis bis konkret ablehnendes Verhalten des behandelnden medizinischen Personals. In Statistiken werden TINA*-Personen kaum erfasst.

Dabei steht TINA* für trans*, inter, non-binär und/oder agender Personen, sowie alle Menschen, die sich nicht mit, bzw. in den gesellschaftlichen Kategorien weiblich oder männlich identifizieren.

Von Trans*- und interfeindlichkeit sind auch die Strukturen der Grünen Jugend Baden-Württemberg nicht ausgenommen. Immer wieder kam es, etwa in der Bildungsarbeit oder der Veranstaltungsplanung, zu Situationen, in denen TINA*-Perspektiven nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Unser Anspruch als GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg muss es sein, ein sicherer und inklusiver Raum zu sein. Fundament für dieses Ziel ist eine TINA*-Strategie für die GJBW. Daher verpflichtet sich die GJBW, die hier vorgeschlagenen Maßnahmen konsequent umzusetzen und ihre Wirksamkeit bei der nächsten Landesmitgliederversammlung im Oktober zu überprüfen.

1.

Zur besseren TINA* Arbeit soll der Landesvorstand Workshops zu TINA* - spezifischen Themen entwickeln. Diese Workshops sollen den Kreisverbänden zur Verfügung gestellt, aber auch zur Fortbildung des Landesvorstandes genutzt werden. Die Workshops sollen sowohl Grundlagen (Untergruppen, Dysphorie/Euphorie, Diskriminierung,...) von TINA* Lebensrealitäten und weiterführende Themen (Geschichte, aktuelle Themen) bearbeiten. Die Workshops

A8 Starkes FSJ und FÖJ - Freiwilliges Engagement für Alle ermöglichen

Antragsteller*in: Paula Schecker (KV Freiburg)
Tagesordnungspunkt: 9 V-Anträge

Antragstext

Das Wichtigste zuerst: Freiwilligendienste leisten einen sehr wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Egal ob das klassische Freiwillige Soziale Jahr (FSJ), seine Erweiterungen wie das FSJ Kultur, FSJ Politik, FSJ Sport, FSJ Denkmalpflege oder das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ).

Sie alle geben jungen Menschen einen sehr vielfältigen Einblick in verschiedene Berufe und Bereiche. In ihrer Einsatzstelle und auf Pflichtseminaren erlernen die Teilnehmenden Verantwortung, organisatorische Skills ebenso wie Zusammenhalt, können neue Kontakte knüpfen und sich für ihren Freiwilligendienst politisch einsetzen, zum Beispiel als Vertreter*Innen ihrer Mitteilnehmenden.

Ein Freiwilligendienst ist für seine Teilnehmenden aus verschiedenen Gründen interessant: Manche wollen sich nach der Schule ausprobieren, weil sie sich noch orientieren, manche suchen nach Abwechslung nach einem abgeschlossenen Studium und die meisten wollen sich einfach gesellschaftlich engagieren. So vielfältig wie diese Gründe sollten auch die Teilnehmer*Innen sein.

Leider sind die meisten Freiwilligendienste immer noch mit erheblichen Hürden verbunden. Das liegt vor allem daran, dass es sich viele junge Leute einfach nicht leisten können.

In einem Freiwilligendienst arbeitet man meist Vollzeit, erhält dafür aber nur ein Taschengeld. Dessen Höhe unterscheidet sich von Träger zu Träger und der Art des Freiwilligendienstes wie FSJ oder FÖJ und führt so zu einer Intransparenz, die die Entscheidung für einen Freiwilligendienst zusätzlich erschwert.

Bei einem FÖJ in Baden-Württemberg erhält man zum Beispiel bei einer Einsatzstelle ohne Verpflegung und Wohnung monatlich ein Taschengeld von 225€, 11,10€ Verpflegungszuschuss für jeden Arbeitstag, und einen Wohnzuschuss von 282€. Bei einem FSJ bei den Johannitern bekommt man ein Taschengeld von 563€.

Bei den aktuellen Lebenshaltungskosten und Mietpreisen reicht dies kaum für ein

eigenes WG-Zimmer oder gar eine eigene Wohnung aus. Junge Menschen, die einen Freiwilligendienst anstreben, sind so vielfach darauf angewiesen, noch in ihrem Elternhaus zu bleiben oder zusätzliche finanzielle Unterstützung zu erhalten. Dies schränkt den Zugang zu Freiwilligendiensten so meist auf Personen ein, die diese Privilegien genießen.

Ein weiteres Problem ist, dass vor allem Einsatzstellen von Freiwilligendiensten von Sparmaßnahmen betroffen sind, obwohl sie einen wichtigen gesellschaftlichen Mehrwert haben. FSJs zum Beispiel unterstützen ohnehin schon chronisch unterbesetzte soziale Berufe und FÖJs leisten einen wichtigen Beitrag zu Umweltschutz und Umweltbildung.

Diese Kürzungen kommen in einer Zeit, in der viele Politiker*innen fordern, verpflichtende Dienste wieder einzuführen. Diese wären jedoch mit einem erheblichen Kostenaufwand von bis zu 15 Milliarden € pro Jahr verbunden (Quelle: Johanniter). Gleichzeitig übersteigt die Nachfrage nach Freiwilligendiensten laut DBJR und DRK konstant das Angebot an verfügbaren Stellen. Wir haben also aktuell die Situation, dass es willige junge Menschen gibt, die jedoch nicht aktiv werden können, weil es im, für den Staat günstigeren, Freiwilligendienst an Stellen mangelt. Dabei stellt es für die Träger eine besondere Herausforderung dar, dass Freiwilligendienste sich nicht wie die staatlichen Haushalte am Kalenderjahr, sondern meist an den Schulabschluss, bzw. Ausbildungs- / Studienstartzeiten orientieren. Wir wollen deswegen einen Rechtsanspruch für einen Freiwilligendienstplatz für Jugendliche und junge Erwachsene. Dafür braucht es die notwendige langfristige Finanzierung der Plätze. Für einen einjährigen Freiwilligendienst sind somit die Haushaltsmittel von zwei Kalenderjahren relevant. Um hier für Planungssicherheit bei den Trägern zu sorgen, fordern wir die Gewährleistung einer verbindlichen mittelfristigen Finanzplanung für Freiwilligendienste von mindestens zwei Jahren.

Um auch die Nachfrage nach Freiwilligendiensten zu steigern, fordern wir außerdem Investitionen in Werbemaßnahmen. Insbesondere der Mangel an Informationen steht dem Antritt eines Dienstes häufig entgegen. Für Studium und Ausbildung als Möglichkeit nach dem Schulabschluss wird durch Kampagnen wie "das Handwerk" investiert und auch bei der Bundeswehr fließt seit Jahren viel Geld in Werbekampagnen wie digitale Werbung oder an Orten wie der Gamescom. Um die Freiwilligendienste zu stärken, ist auch hier ein stärkeres Engagement erforderlich.

Um einen Einblick in potentielle Berufswege zu bekommen, fordern wir wie bereits im Aktionsplan "Mut zur Jugend" erwähnt, die Einführung eines FSJ Handwerks, wo junge Leute Handwerksberufe ungebunden ausprobieren können. Als niederschwelliges Format könnte dies auch dem Nachwuchsmangel im Handwerk entgegenwirken.

67 Gerade in den aktuellen Zeiten des Militarismus und der Aufrüstung ist
68 gesellschaftliches Engagement wichtig und notwendig. Dieses soll, so sind wir
69 uns als Grüne Jugend einig, auf jeden Fall freiwillig bleiben.

70 Wir als Grüne Jugend Baden-Württemberg fordern:

- 71 1. Einen höheren Wohnzuschuss der an die örtlichen Mietpreise angepasst wird,
72 beispielsweise mit Hilfsmitteln wie dem örtlichen Mietspiegel,
- 73 2. eine stärkere Transparenz über die Höhe von Taschengeldern, welche in einem
74 zweiten Schritt entsprechend erhöht werden müssen,
- 75 3. eine verbindliche mittelfristige Finanzplanung zur Gewährleistung von
76 Planungssicherheit,
- 77 4. die Schaffung eines FSJ Handwerks sowie
- 78 5. eine deutlich stärkere Bewerbung von Freiwilligendiensten.

Unterstützer*innen

Pauline Valentin, Lukas Möcklin , Thomas Zhou, Daniel Halfmann